

PARTEIENSYSTEM IM UMBRUCH

ROLAND HÖHNE || Die bipolare Struktur des französischen Parteiensystems scheint sich infolge der jüngsten Wahlerfolge des Front National aufzulösen. An die Stelle der Bipolarität könnte eine Dreiteilung treten. Was würde dies für die französische Politik bedeuten? Die Tendenz zur Bipolarität, die im geltenden Mehrheitswahlrecht angelegt ist, könnte aber auch zu einer neuen Bipolarität führen. An die Stelle des jetzigen Gegensatzes zwischen Sozialisten und Konservativen könnte der Gegensatz zwischen Pro-Europäern und Nationalisten treten. Was wären dann die Folgen?

EINE NEUE PARTEIENKONSTELLATION?

Das französische Parteiensystem ist an seiner Basis in fünf große Gruppierungen unterteilt: die Linksozialisten und Kommunisten (Linksfront), die Sozialisten und Linksliberalen (PS / PRG), die laizistischen und christlichen Demokraten (UDI / Modem), die Rechtsliberalen / Konservativen und Nationalen (UMP) und die Nationalpopulisten (FN). Infolge des romanischen Mehrheitswahlrechts aber beherrschen bisher zwei Großparteien, die sozialistische Parti Socialiste (PS) und die bürgerliche Sammlungsbewegung Union pour un mouvement populaire (UMP), die Institutionen. Beide Parteien lösten sich seit 1981 an der Macht ab oder teilten sich diese in den drei „Kohabitationen“. Sie werden deshalb in der Fachliteratur häufig als „Regierungsparteien“ bezeichnet. Die kleineren relevanten Parteien des republikanischen Konsensus konnten sich nur an der Macht beteiligen, wenn sie mit ihnen Bündnisse schlossen oder Wahlabsprachen trafen. Das französische Parteiensystem ist daher stärker als andere kontinentaleuropäische Parteiensysteme in ein vorinstitutionelles und in ein institutionelles gespalten. Diese Spaltung hat sich durch die beachtlichen Stimmengewinne des FN seit den nationalen Wahlen von 2012 erheblich verstärkt. Bei den Folgewahlen erhielt der FN im 1. Wahlgang zwischen 15 % und 25 % der Stimmen, bei den Europawahlen wurde er mit über 25 % der Stimmen sogar zur

stärksten Wählerpartei Frankreichs, in den französischen Institutionen ist er jedoch nach wie vor nur schwach vertreten. Dies könnte sich jedoch radikal ändern, wenn seine Stimmenanteile bei den einzelnen Wahlen eine bestimmte Schwelle überschreiten. Dann würde er von einer randständigen Protestbewegung im vorinstitutionellen Raum zu einem wesentlichen Akteur der französischen Politik in den Institutionen. Ist es bereits soweit oder bahnt sich eine solche Entwicklung erst an? Ein Blick auf die Wahlergebnisse seit 2012 kann helfen, diese Frage zu klären.

Bei der Präsidentschaftswahl 2012 wurde im 1. Wahlgang der PS-Kandidat François Hollande mit 28,63 % der Stimmen Erster, der UMP-Kandidat Nicolas Sarkozy mit 27,18 % Zweiter. In der Stichwahl konnte sich dann Hollande mit 51,64 % gegen Sarkozy mit 48,36 % durchsetzen.¹ Bei den anschließenden Legislativwahlen erhielt im 1. Wahlgang der PS 29,35 %, die UMP 27,12 % der Stimmen. Im 2. Wahlgang gewannen die Sozialisten und ihre Verbündeten mit 40,91 % eine klare Mehrheit, die Bürgerlichen unterlagen mit 37,95 %. Der Machtwechsel erfolgte somit sowohl an der Staatsspitze als auch in der Nationalversammlung entsprechend der Funktionslogik der V. Republik.

Die FN-Kandidatin Marine Le Pen belegte mit 17,90 % den dritten Platz und schied damit aus dem Rennen aus. Ihr Wahlergebnis lag je-

doch um 7,46 % über dem des FN-Kandidaten von 2007, Jean-Marie Le Pen. Sie verbesserte damit das FN-Ergebnis anteilig um rund zwei Drittel, numerisch um fast die Hälfte.² Bei den Parlamentswahlen fiel die Stimmenzahl des FN im 1. Wahlgang jedoch auf 13,60 %. Der FN belegte damit dennoch den dritten Platz. Im 2. Wahlgang schrumpfte sein Stimmenanteil auf 3,66 %.³ Er gewann damit nur 2 Mandate.⁴ Das herrschende romanische Mehrheitswahlrecht hatte somit die Umsetzung seiner Stimmenanteile des 1. Wahlgang in Parlamentsmandate im 2. Wahlgang fast völlig verhindert. Gegenüber den Legislativwahlen 2007 konnte der FN jedoch 2.412.658 Stimmen bzw. 9,31 % Stimmenanteil hinzugewinnen.⁵ Die nationalen Wahlen 2012 waren somit für den FN trotz seiner geringen Mandatsgewinne ein politischer Erfolg.

Bei den zwei Jahre später stattfindenden Europawahlen vom 25. Mai 2014 veränderten sich die Mehrheitsverhältnisse grundlegend. Mit 4.711.339 Stimmen und einem Stimmenanteil von fast 25 % wurde der FN zur stärksten Wählerpartei Frankreichs vor der UMP mit 20,80 % und der PS mit 13,98 %.⁶ Gegenüber den Parlamentswahlen 2012 bedeutet dies für den FN sowohl einen relativen als auch einen absoluten Stimmenzuwachs. Bei der Beurteilung der Ergebnisse von Europawahlen muss man aber bedenken, dass diese weder den gleichen Gegenstand noch die gleiche Wertigkeit wie nationale Wahlen haben und daher von vielen Franzosen als eine Wahl zweiter Klasse betrachtet werden. Ihr Stimmverhalten wird bei ihnen daher weniger von traditionellen Parteiloyalitäten als vielmehr von ihrer Haltung zur europäischen Integration, insbesondere zur Währungsunion sowie von ihrer Beurteilung der gegenwärtigen Regierungspolitik bestimmt. Gefühle und Stimmungen spielen bei vielen Wählern bei der Stimmabgabe eine größere Rolle als rationale Überlegungen. Zu diesen gehört auch die weitverbreitete Ansicht, „Brüssel“, d. h. die EU sei für die innerfranzösischen Schwierigkeiten verantwortlich. Trotz dieser Besonderheiten von Europawahlen bildeten diese nach den nationalen Wahlen 2012 den ersten großen Test für das politische Kräfteverhältnis in Frankreich.

Der sich nach den Europawahlen 2014 abzeichnende Wählerrend manifestierte sich auch in abgeschwächter Form auf der subnationalen Ebene. Bei den Kommunalwahlen vom 23. und 30. März 2014 konnten die „Regierungsparteien“ ihr Quasimonopol in den Gemeinden noch eindeutig behaupten. Sie erhielten zusammen im 1. Wahlgang 84,58 %, im 2. Wahlgang 87,21 % der Stimmen. Allerdings verschoben sich die Gewichte zwischen beiden. Die Bürgerlichen⁷ erhielten im 1. Wahlgang 46,38 %, die Linke⁸ 38,20 %. Im 2. Wahlgang gewannen die Bürgerlichen 45,65 %, die Linke 41,56 %. Von den 509 Gemeinden mit über 10.000 Einwohnern, welche die Linke seit den Wahlen von 2008 verwaltete, konnte sie nur 349 bewahren. Die Bürgerlichen konnten dagegen die Zahl der von ihnen verwalteten Städte von 433 auf 572 erhöhen.

Gegenüber den Gemeindewahlen 2008 hatte sich somit das Kräfteverhältnis zwischen beiden „Regierungsparteien“ umgekehrt. Die UMP konnte eindeutig vom Popularitätsverlust der PS profitieren. Das traditionelle Wechselverhältnis zwischen den „Regierungsparteien“ bzw. zwischen Regierung und Opposition funktionierte weiterhin. Der FN landete weit abgeschlagen auf dem dritten Platz. Im 1. Wahlgang erhielt er 4,88 %, im 2. Wahlgang 6,87 % der Stimmen. Im Gegensatz zu den Gemeindewahlen von 2008 eroberte er jedoch die Kontrolle über 11 Städte und ist mit 1.546 Abgeordneten in Gemeinden mit über 1.000 Einwohnern vertreten. Außerdem stellt er den Bürgermeister des 7. Bezirkes von Marseille. Damit konnte er auf der Gemeindeebene Fuß fassen, was ihm bis dahin nur in wenigen Ausnahmen gelungen war.⁹

Auch bei den Departementswahlen vom 22. und 29. März 2015 konnten die „Regierungsparteien“ ihr Machtmonopol weitgehend behaupten. Zusammen erhielten sie im 1. Wahlgang 58 % der Stimmen und damit 290 Mandate, im 2. Wahlgang fast 66 % und 3.582 Mandate. Mit insgesamt 3.816 Abgeordneten dominieren sie eindeutig in den Departementsräten und stellen damit auch die meisten Departementspräsidenten. Aber wie bereits bei den Kommunalwahlen verschob sich das Kräfteverhältnis zwischen den „Regierungsparteien“ zugunsten

der Bürgerlichen. Das Bündnis der Rechten (UMP, Rechtsunion, Verschiedene Rechte) und des Zentrums (UDI, MoDem, UC, DLF) erhielt im 1. Wahlgang 36,60 % der Stimmen und 230 Mandate, im 2. Wahlgang 45,03 % der Stimmen und 2.166 Mandate. Es besitzt nun die Mehrheit in 65 der 98 Departements, in denen die Wahlen stattfanden¹⁰ und wurde damit zur führenden Kraft auf der departementalen Ebene¹¹. Die Sozialisten erhielten dagegen gemeinsam mit ihren kleineren Verbündeten (Linksliberale, Grüne, DVG) nur 21,41 % und damit lediglich 954 Mandate. Sie konnten daher nur in 31 der bisher von ihnen verwalteten 58 Departements die Mehrheit behaupten. Ihre Niederlage war eine Quittung für die schlechte Bilanz der sozialistischen Regierung, aber auch eine Folge der Zersplitterung der Linken. Alle Bemühungen des Generalsekretärs der PS, Jean-Christophe Cambadélis, alle linken Kräfte in einer erneuerten Union de la gauche zu sammeln, scheiterten. Kommunisten, Linkssozialisten und Grüne akzeptierten eine Kooperation mit der PS nur in Einzelfällen.¹²

Der FN wurde mit einem Stimmenanteil von 25,24 % (5.141.897 Stimmen) im 1. Wahlgang und 22,23 % (4.108.404 Stimmen) im 2. Wahlgang zur zweitstärksten Wählerpartei. Infolge des Wahlsystems gewann er aber lediglich 62 Mandate und besitzt in keinem Departement die Mehrheit. Trotzdem waren die Wahlen für ihn ein großer Erfolg. Gegenüber den letzten Departementswahlen 2011 verzeichnete er einen Stimmenzuwachs von 10 %.¹³ Er ist nun auch auf der departementalen Ebene in den Institutionen präsent und festigte damit seine Verankerung im institutionellen System. Es wird ihm daher wie den „Regierungsparteien“ auch in den Departements möglich sein, Klientelstrukturen aufzubauen und damit Wähler und Sympathisanten an sich zu binden.

Die Departementswahlen 2015 waren noch weit mehr als die Kommunal- und Europawahlen der erste große Test für das politische Kräfteverhältnis nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen des Jahres 2012. Die beiden „Regierungsparteien“ konnten dank ihres Stimmengewichts und dem Wahlrecht ihre dominierende Position in den Departements behaupten, das Kräfteverhältnis zwischen ih-

nen hat sich jedoch zugunsten der Bürgerlichen verschoben. Der FN konnte erneut Wählerstimmen hinzugewinnen und damit seine Position als Großakteur im vorinstitutionellen Parteiensystem ausbauen. Im 2. Wahlgang gelang es ihm jedoch nur in Ausnahmefällen, die Bipolarität des institutionellen Parteiensystems zu durchbrechen. Diese hat sich damit auf der institutionellen Ebene behauptet, die Diskrepanz zwischen dem vorinstitutionellen und dem institutionellen Parteiensystem hat jedoch zugenommen.

URSACHEN FÜR DIE VERÄNDERUNG DES PARTEIENSYSTEMS

Die Restrukturierung des französischen Parteiensystems ist im hohen Maße die Folge großer wirtschaftlicher und sozialer Probleme, mit denen die französische Bevölkerung zurzeit zu kämpfen hat. Diese resultieren aus den sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Auswirkungen der durch die Weltfinanzkrise und die europäische Staatsschuldenkrise beschleunigten gesellschaftlichen Wandlungsprozesse, die sich aus der wirtschaftlichen und kulturellen Globalisierung sowie dem europäischen Integrationsprozess ergeben. Diese verstärken die Deindustrialisierung und Delokalisierung der Wirtschaft, die Zunahme der Arbeitslosigkeit, der sozialen Marginalisierung und der Existenzängste, die Individualisierung der Gesellschaft, die Lockerung der sozialen Bindungen, die Schwierigkeiten des Berufseinstiegs, die Verringerung der sozialen Aufstiegschancen, die Probleme der muslimischen Masseneinwanderung und den Integrationsverlust kultureller und nationaler Traditionen. Gleichzeitig verliert Frankreich weiter an realer Souveränität und an internationaler Bedeutung, die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit nationaler Geltung wird immer größer. Verschärft wird die daraus resultierende Depression durch eine tiefe Identitätskrise.¹⁴ Frankreich zweifelt an sich selbst. In dieser Krisensituation suchen viele Franzosen die Ursachen ihrer Probleme nicht im eigenen Lande, sondern in „Brüssel“, d. h. in der EU. Seit dem Maastricht-Referendum von 1992 hat die EU-Gegnerschaft in Frankreich erheblich zugenommen. Beim europäischen Verfassungsverfahren 2005 stimmte die Mehrheit mit Nein. Verstärkt wird diese antieuropäische Grund-

stimmung durch einen wiederauflebenden Antigermanismus.¹⁵ Die deutsche Sparpolitik sei für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Frankreichs verantwortlich. Sie diene allein den deutschen Interessen. Deutschland sei der große Gewinner der Währungsunion und des europäischen Einigungsprozesses. Es habe anstelle Frankreichs die europäische Führung übernommen. Wie einst während der deutschen Besatzungszeit im Zweiten Weltkrieg müssten die Franzosen deutschen Anforderungen und Vorstellungen entsprechen.¹⁶

Weder den Bürgerlichen unter Nicolas Sarkozy (2007-2012) noch den Sozialisten unter François Hollande (seit 2012) ist es bisher gelungen, durch grundlegende Reformen von Staat und Gesellschaft die Krise zu überwinden, und Frankreich neue Perspektiven in einer sich rasch verändernden Welt zu eröffnen. Daraus ergibt sich ein starker Vertrauensverlust der Bürger in ihre Reformfähigkeit.

Verstärkt wird dieser durch zahlreiche Skandale, in die führende Vertreter des politischen Establishments verwickelt sind. So soll Nicolas Sarkozy vor und während seiner Amtszeit illegale Parteifinanzierung betrieben haben. Die Justizbehörden ließen daraufhin seine Telefone überwachen. Einem hohen Justizbeamten, der ihn über die Untersuchungen auf dem Laufenden hielt, soll Sarkozy als Belohnung noch kurz vor dessen Pensionierung einen lukrativen Posten in Monaco versprochen haben. Auch gegen seinen Vertrauten, den ehemaligen Innenminister und Generalsekretär des Elysée-Palastes Claude Guéant, wurde im März 2015 ein Strafverfahren wegen Fälschung, Geldwäsche und Steuerhinterziehung eingeleitet.¹⁷ Die Sozialisten, die im Wahlkampf versprochen hatten, mit diesen Praktiken zu brechen, machen es jedoch nicht besser. So gab die Leiterin des Institut National de l'Audiovisuel (INA), die Sozialistin Agnès Saal, innerhalb von 10 Monaten allein über 40.000 Euro für Taxifahrten aus, obgleich ihr ein Wagen mit Chauffeur zur Verfügung stand.¹⁸ Durch dieses Verhalten fühlen sich viele Bürger in ihrer Meinung bestätigt, alle Politiker, ob rechts oder links, seien korrupt. Dies stärkt den traditionellen Anti-Parteienaffekt und fördert die Anti-Systemopposition.¹⁹ Davon profitiert vor allem der FN.

REAKTION DER PARTEIEN

Die Schwierigkeiten der „Regierungsparteien“ bei der Krisenbewältigung ergeben sich im hohen Maße aus ihrer unzureichenden Anpassung an die rasche Veränderung ihrer Handlungsbedingungen. Statt sich personell, programmatisch und organisatorisch neu aufzustellen, verschlissen sie sich jahrelang in internen Auseinandersetzungen. Diese beruhen sowohl auf unterschiedlichen Wertvorstellungen und Zukunftsvisionen als auch auf unterschiedlichen Interessen bzw. Interesseninterpretationen.

Parti Socialiste (PS)

Die Sozialistische Partei (PS) ist 1969 durch den Zusammenschluss sehr unterschiedlicher politischer Gruppierungen entstanden. Heute ist sie grob vereinfachend in einen sozialistischen / sozial-ökologischen und einen sozialdemokratisch / sozialliberalen Flügel gespalten.²⁰ Der Gegensatz zwischen beiden hat sich seit der Übernahme der Regierungsverantwortung 2012 besonders in der Wirtschafts- und Sozialpolitik erheblich verschärft. Die Sozialisten befürworten eine Erhöhung der Staatsausgaben und damit der Staatsverschuldung, die Sozialdemokraten eine sozial abgefederte gemäßigte Sparpolitik. Der linke Flügel bildet zwar in der Partei und in der Parlamentsfraktion nur eine Minderheit, der sozialliberale Regierungschef Manuel Vals ist jedoch parlamentarisch auf ihn angewiesen, um handlungsfähig zu sein. Er kann daher nur eine gemäßigte Reformpolitik verfolgen. Aber selbst diese stößt häufig auf innerparteilichen Widerstand. So konnte er im Februar 2015 ein wirtschaftliches Reformgesetz nur unter Rückgriff auf den Artikel 49-3 der Verfassung durchsetzen. Um die Geschlossenheit der Partei und damit die Handlungsfähigkeit der Regierung zu erneuern, wurde auf dem Parteitag von Poitiers am 5. bis 7. Juni eine neue Programmatik verabschiedet. Bei einer Mitgliederbefragung über diese am 21. Mai 2015 erhielt der Leitantrag der Parteispitze (Motion A) mit 57,75 % der Stimmen eine knappe Mehrheit, der wichtigste Leitantrag der Opposition (Motion B) 30,99 %.²¹ Selbst wenn sich der Leitantrag der Parteiführung durchsetzt, wird die Regierung Vals weiterhin auf die innerparteiliche Opposition Rücksicht nehmen müssen,

um ihre Mehrheit zusammenzuhalten. Große Reformvorhaben sind von ihr nicht zu erwarten.

Union pour un mouvement populaire (UMP)

Auch die UMP ist in sich vielfach gespalten. Sie ist im November 2002 aus einem Parteienbündnis von Neogaullisten, Liberalen und Zentristen (laizistischen sowie christlichen Demokraten) hervorgegangen, das im Mai 2002 gegründet wurde, um Jaques Chirac gegenüber Jean-Marie Le Pen in der Stichwahl der Präsidentschaftswahl 2002 zum Sieg und in der anschließenden Legislativwahl zu einer parlamentarischen Mehrheit zu verhelfen. Dies ist ihr auch gelungen. Sie sicherte zunächst Chirac, dann Sarkozy den politischen Rückhalt.²² Nach der Niederlage Sarkozys in der Präsidentschaftswahl 2012 und der Bürgerlichen in den anschließenden Parlamentswahlen kam es um seine Nachfolge im Parteivorsitz zu einem heftigen Machtkampf zwischen Jean-François Copé und François Fillon. Während der Amtszeit Sarkozys (2007-2012) leitete Copé als Generalsekretär die Partei, Fillon die Regierung.

Die Auseinandersetzungen zwischen ihnen hatten neben persönlichen auch inhaltliche Ursachen. Copé propagierte vor allem in der Einwanderungs- und Innenpolitik einen scharfen Rechtskurs, um dem FN das Wasser abzugrahen,²³ Fillon vertrat dagegen eine betont staatstragende Position in der Tradition des Gaullismus. Im innerparteilichen Machtkampf konnte sich zunächst Copé durchsetzen. Wegen des Vorwurfes illegaler Wahlkampffinanzierung und von Günstlingswirtschaft musste er jedoch im Juni 2014 zurücktreten. Nach einer kurzen Interimslösung übernahm Sarkozy erneut die Parteiführung, um diese als Sprungbrett für die angestrebte Präsidentschaftskandidatur 2017 zu nutzen.

Die Partei steht jedoch keineswegs geschlossen hinter ihm. Einen wichtigen Streitpunkt bildet die Bündnis- und Wahlkampfstrategie. Sarkozy befürwortet ein Bündnis mit den Liberaldemokraten (UDI), lehnt aber eine Zusammenarbeit mit dem zentristischen MoDem ab, dessen Gründer, François Bayrou, sich im 2. Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 2012 persönlich für die Wahl des Sozialisten Hol-

lande ausgesprochen hatte. Bei Duellen zwischen einem PS- und einem FN-Kandidaten im 2. Wahlgang nationaler und subnationaler Wahlen fordert er eine strikte Neutralität unter dem Schlagwort „ni – ni“, auch wenn dies zu einem FN-Erfolg führen könnte. Chiracs ehemaliger Premierminister Alain Juppé plädiert dagegen für ein Bündnis aller bürgerlichen Kräfte einschließlich des MoDem und für die Unterstützung eines republikanischen Kandidaten im Falle eines Duells zwischen einem PS- und einem FN-Kandidaten (front républicain). Sarkozy konnte sich bisher durchsetzen, seine Stellung ist jedoch durch ein Strafverfahren angeschlagen, das wegen Amtsmissbrauch gegen ihn von der Justiz angestrebt wird.²⁴

Neben den strategischen und inhaltlichen Problemen sind es vor allem strukturelle, welche die UMP belasten. Obwohl die Partei nun bereits seit 13 Jahren existiert, wird sie noch immer von Clans und Seilschaften beherrscht, die sich teilweise bereits in den Gründungsparteien gebildet haben. Diese behindern die Teilnahme der einfachen Mitglieder am innerparteilichen Meinungs- und Willensbildungsprozess und damit das Zusammenwachsen der Partei. Der Behebung all dieser Missstände diente die Neustrukturierung der Partei auf ihrem Parteitag am 30. Mai 2015 in Paris. Auf diesem wurden eine neue Organisationsstruktur und eine neue Programmatik beschlossen. So sollen in Zukunft die Mitglieder den Vorsitzenden der Departementsföderation direkt wählen und sich per Computer oder Smartphone unmittelbar an den parteiinternen Diskussionen beteiligen können. Außerdem erhalten die Parteiföderationen eine größere Autonomie. Für die Designation des Präsidentschaftskandidaten der Partei sollen Ende November 2016 Vorwahlen stattfinden, an der auch Kandidaten anderer bürgerlicher Parteien teilnehmen können. Auf diese Weise soll eine Aufsplitterung der bürgerlichen Wählerschaft im 1. Wahlgang der Präsidentschaftswahlen durch eine Vielzahl von bürgerlichen Kandidaten wie 2002 und 2007 verhindert werden.²⁵ Der Parteitag verabschiedete auch ein neues Parteiprogramm. Es verbindet im Kern wirtschaftsliberale mit wertkonservativen Positionen, um sich so eindeutig sowohl von den Sozialisten als auch von den Nationalisten ab-

zugrenzen. Seinen symbolischen Ausdruck fand die Transformation der Partei in dem neuen Parteinamen „Die Republikaner“ (Les Républicains). Dieser beinhaltet ein Bekenntnis zu den grundlegenden Werten der Republik.

Front National (FN)

Im Gegensatz zu den beiden „Regierungsparteien“ hat der Front National seinen Erneuerungsprozess bereits im November 2011 mit der Wahl von Marine Le Pen, der Tochter des Parteigründers, zur neuen Vorsitzenden begonnen. Sie modernisierte das Erscheinungsbild, bekannte sich zur Republik und zum Laizismus, distanzierte sich vom Antisemitismus und dem Geschichtsbild des Vaters, erneuerte die Programmatik und verfolgte eine neue Strategie. Ihr Ziel ist es, den FN von einer Protestpartei zu einer Regierungspartei zu machen. Heute ähnelt der FN einer republikanischen Volkspartei. Sein Erscheinungsbild wird nicht mehr von jungen Aktivisten mit Springerstiefeln und kurzgeschorenen Köpfen, sondern von bürgerlichen Berufspolitikern und gutgekleideten Hostessen bestimmt. Der Diskurs hat sich zivilisiert, das Parteimanagement professionalisiert. Die alten Kämpen wurden entmachtet oder ins Abseits gedrängt. Neues Personal beherrscht die Szene.

Im Mittelpunkt des Parteidiskurses stehen nicht mehr Einwanderung und öffentliche Ordnung, sondern europäische und soziale Themen. Die EU, insbesondere die Währungsunion und die offenen Grenzen, seien für die gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme Frankreichs verantwortlich. Der FN fordert daher den Austritt aus der Währungsunion, die Wiedereinführung der nationalen Grenzkontrollen und die Reduzierung der EU auf eine reine Wirtschaftsunion souveräner Staaten. Das Thema Einwanderung spielt nach wie vor eine wichtige Rolle, wurde aber neu formuliert. Nicht mehr die Einwanderer bedrohten die französische Identität, sondern der Islam. Er sei mit der französischen Identität nicht vereinbar, die entscheidend vom Christentum geprägt worden sei. Er bilde ein großes Integrationshemmnis der muslimischen Einwanderer und den Nährboden für den islamistischen Terrorismus. Der FN ist daher gegen eine staatliche Unterstüt-

zung islamischer Gemeinden, etwa durch die Finanzierung des Moscheebaus. Der Laizismus, einst Waffe der Republikaner gegen den Klerikalismus, wird so zum Instrument gegen den Islam.

Die entscheidende Neuerung der Programmatik bildete jedoch die Abkehr vom Wirtschaftsliberalismus. Dieser zerstöre die nationale Gemeinschaft und müsse deshalb durch eine staatliche Gemeinwirtschaft überwunden werden. Der FN folgt damit den Gedankengängen seines stellvertretenden Vorsitzenden, Florian Philippot, einem Absolventen der Elitehochschule ENA und ehemaligen Anhänger des nationalen Linkssozialisten Jean-Pierre Chevènement.²⁶ Hauptgegner im Parteiensystem sind nicht mehr die Kommunisten, sondern die beiden „Regierungsparteien“. Sie würden sich inhaltlich kaum noch unterscheiden und seien gemeinsam für die gegenwärtige Misere Frankreichs verantwortlich. Der FN bezeichnet sie deshalb in seinen Diskursen polemisch mit dem Kürzel „UMPS“.

Obwohl der Anpassungsprozess der Partei an die veränderten Handlungsbedingungen noch keineswegs abgeschlossen ist, witterte der Parteigründer Jean-Marie Le Pen Verrat an seinen Ideen und zog die Notbremse. Am 2. April 2015 wiederholte er im Sender RMC seine These, der Holocaust sei nur ein „Detail“ der Geschichte des Zweiten Weltkrieges gewesen. In einem Interview mit der reaktionären Wochenzeitschrift „Rivarol“ verteidigte er die Rolle von Marschall Pétain während der deutschen Besatzungszeit im Zweiten Weltkrieg, kritisierte den negativen Einfluss des stellvertretenden Vorsitzenden Florian Philippot sowie der Homosexuellen in der Partei, lobte Putin als möglichen Helfer für „die Rettung des weißen Europas“ und diffamierte den sozialistischen Ministerpräsidenten Manuel Valls als eingebürgerten Immigranten. „Valls ist seit 30 Jahren Franzose, ich bin es seit 1.000 Jahren.“ Dieser rhetorische Angriff auf die moralischen und geistigen Grundlagen der französischen Republik war eine Kriegserklärung an die Integrationsstrategie seiner Tochter Marine. Diese reagierte entsprechend hart. Sie distanzierte sich empört von den Äußerungen ihres Vaters und entmachtete ihn. Am 4. Mai 2015 suspendierte das Führungs-

gremium des FN, das Politbüro, auf ihr Drängen J.-M. Le Pen als Ehrenvorsitzenden und nahm ihm damit alle parteiinternen Einflussmöglichkeiten. Etwa drei Monate danach soll ein außerordentlicher Parteitag ein neues Parteistatut beschließen, durch das das Amt des Ehrenvorsitzenden abgeschafft und der neue Parteikurs bestätigt werden soll. Außerdem könnte eine Umbenennung der Partei erfolgen.

ERFOLGSAUSSICHTEN DER NEUEN STRATEGIE

Marine le Pen ist es gelungen, den FN durch ihren neuen Kurs zu „entdämonisieren“ und zu „banalisieren“. Sie macht es daher dessen Gegnern schwer, ihn weiterhin als rechtsextremistisch einzustufen. Trotz seiner „Banalisierung“ ist der FN jedoch weiterhin im Parteiensystem isoliert und damit auf seine eigenen Kräfte angewiesen. Sollte der gegenwärtige Wählertrend anhalten, dann könnte es Marine Le Pen als FN-Kandidatin gelingen, sich bei den nächsten Präsidentschaftswahlen 2017 im 1. Wahlgang mit etwa 25-30 % der Stimmen für die Stichwahl zu qualifizieren. Aller Voraussicht nach dürfte sich dann aber – wie 2002 gegen ihren Vater – eine breite republikanische Wählerkoalition bilden, die ihr den Weg an die Macht versperrt, ganz gleich, wer ihr Gegner sein wird. Bei den anschließenden Legislativwahlen könnte es jedoch dem FN gelingen, zahlreiche Mandate zu erringen, da sich wahrscheinlich nicht in allen Wahlkreisen, in denen FN-Kandidaten gute Erfolgsaussichten haben, eine „republikanische Wählerfront“ gegen diese bilden wird. Dies könnte die Bildung stabiler Parlamentsmehrheiten verhindern, die der vom Präsidenten ernannte Premierminister für seine Tätigkeit benötigt. Der FN besäße dann in der Nationalversammlung ein erhebliches Blockadepotenzial, mit dem er die Funktionsfähigkeit des Regierungssystems erheblich behindern könnte.

In diesem Falle böte die Bildung einer „Großen Koalition“ der beiden Regierungsparteien PS und UMP / Die Republikaner einen Ausweg. Die traditionellen Konflikte zwischen beiden Parteien würden sich aber dann in die Regierung verlagern und deren Handlungsfähigkeit erheblich einschränken. Außerdem würden die

radikalen Kräfte auf der Rechten und auf der Linken weiteren Auftrieb erhalten. Hauptgewinner wäre wahrscheinlich der FN, der seine Position als „nationale Opposition“ ausbauen könnte. Aber auch die linkssozialistische Linke (La Gauche) könnte auf Kosten der PS erstarben. Wir hätten es dann mit einem vierpoligen Parteiensystem im vorinstitutionellen Raum zu tun. Die vom Mehrheitswahlrecht ausgehende Tendenz zur Bipolarität bliebe jedoch bestehen. Dies könnte theoretisch zu einer großen Rechts- und einer großen Linkscoalition wie in den 1970er-Jahren führen. Da die Gegensätze zwischen den gemäßigten und den radikalen Kräften auf beiden Seiten des Parteienspektrums nach wie vor erheblich sind, scheint dies unwahrscheinlich.

Wahrscheinlicher scheint dagegen ein Bündnis zwischen den gemäßigten Kräften der PS und der UMP / Republikaner zu sein. Beide verbindet ihre pro-europäische Orientierung und ihr Reformwille. Sie vertreten in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zwar nach wie vor unterschiedliche Positionen, aber diese haben sich erheblich angenähert. Ein „historischer Kompromiss“ ist daher durchaus denkbar. Sollte es dazu kommen, dann würden sich die „Souveränisten“ der UMP / Republikaner wahrscheinlich dem FN, die Sozialisten innerhalb des PS „Der Linken“ bzw. der Linksfront anschließen. Im vorinstitutionellen Raum stünden sich dann vier relevante Parteien gegenüber. Infolge des Mehrheitswahlrechts würde sich in den Institutionen aber eine neue Bipolarität herausbilden. Auf der einen Seite die Pro-Europäer, auf der anderen Seite die Nationalisten.

Es könnte aber auch ganz anders kommen. Die Bürgerlichen könnten ähnlich wie die britischen Konservativen 2015 die Wahlen gewinnen und die Nationalisten sowie die Sozialisten auf die Oppositionsbänke verweisen. Es entstünde dann ein dreigliedertes Parteiensystem in den Institutionen. Voraussetzung für beide Szenarien ist allerdings, dass sich die gegenwärtigen Rahmenbedingungen der französischen Politik nicht grundlegend ändern. Dies könnte aber geschehen, wenn es zu einer größeren europäischen Krise käme, etwa durch einen britischen EU-Austritt, einen Zerfall der Währungsunion oder eine Ausweitung der Ukraine-Krise.

Dann hätte Marine Le Pen als neue „Jeanne d'Arc“ eine echte Machtchance. Hoffen wir, dass dies nicht geschieht.

|| PROF. EM. DR. ROLAND HÖHNE

Professor em. für Landeswissenschaft am Institut für Romanistik, Universität Kassel

ANMERKUNGEN

- ¹ Vgl. die Wahlergebnisse: https://fr.wikipedia.org/wiki/R%C3%A9sultats_d%C3%A9tail%C3%A9s_de_l%27%C3%A9lection_pr%C3%A9sidentielle_fran%C3%A7aise_de_2012, Stand: 1.5.2015.
- ² Jean-Marie Le Pen erhielt im 1. Wahlgang der Präsidentschaftswahlen von 2007 10,44 % bzw. 384.530 Stimmen und belegte Platz vier hinter François Bayrou (18,57 %), Ségolène Royal (25,87 %) und Nicolas Sarkozy (31,18 %), https://fr.wikipedia.org/wiki/%C3%89lection_pr%C3%A9sidentielle_fran%C3%A7aise_de_2007
- ³ http://www.interieur.gouv.fr/Elections/Les-resultats/Legislatives/elecresult_LG2012/%28path%29/LG2012/index.html, Stand: 1.5.2015.
- ⁴ Der PS erhielt 258, die UMP 185 Mandate.
- ⁵ <http://fr.wikipedia.org/wiki>
- ⁶ Da bei Europawahlen in Frankreich nach dem Verhältniswahlrecht gewählt wird, erhielt der FN 23 Mandate im EU-Parlament und wurde dort zur stärksten französischen Vertretung, <http://fr.wikipedia.org/wiki>, Stand: 1.5.2015.
- ⁷ Die Bürgerlichen bildeten häufig Koalitionen aus der Rechte (UMP, DVD) und dem Zentrum (UDI, MoDem, UMP, Union du Centre).
- ⁸ Die Linke bildete lokal sehr unterschiedliche Koalitionen aus PS, DVG, Union de la Gauche, Les Verts, Front de gauche, Parti de Gauche, PCF.
- ⁹ Vgl. *Le Monde*, 2.4.2014 und http://fr.wikipedia.org/wiki/%C3%89lections_municipales_fran%C3%A7aises_de_20, Stand: 5.5.2015.
- ¹⁰ In der Hauptstadt Paris und in der Wirtschaftsmetropole Lyon wurde nicht gewählt, da in beiden Städten der Stadtrat und der Bürgermeister die departementalen Funktionen in Personalunion ausüben. Auch in den Übersee-Départements La Guyane und Martinique fanden keine Wahlen statt, da diese in der jeweiligen Region aufgehen sollen.
- ¹¹ Innerhalb des bürgerlichen Bündnisses dominiert die UMP gemeinsam mit der Rechtsunion (Union de la droite) und parteilosen Rechtspolitikern (divers droite). Auf sie entfielen im 1. Wahlgang 6.979.928 Stimmen, d. h. 34,26 %, im 2. Wahlgang 7.978.331 Stim-

men, d. h. 43,17 %. Vgl. [http://www.interieur.gouv.fr/Elections/Les-resultats/Departementales/election_departementales-2015/\(path\)/departementales-2015/index.html](http://www.interieur.gouv.fr/Elections/Les-resultats/Departementales/election_departementales-2015/(path)/departementales-2015/index.html)

- ¹² Noblecourt, Michel: L'impossible équation de l'union de la gauche, in: *Le Monde*, 26.3.2015, S. 5.
- ¹³ Diese fanden noch unter der alten Bezeichnung Kantonalwahlen statt.
- ¹⁴ Ausdruck dieser Identitätskrise ist z. Z. die Debatte um die geplante Reform der schulischen Lehrpläne. So soll im Geschichtsunterricht neben dem Christentum der Islam stärker berücksichtigt werden. Humanismus und Aufklärung werden zu einem Wahlfach herabgestuft. In der Behandlung der französischen Nationalgeschichte sollen künftig ihre dunklen Seiten wie Kolonialismus, Sklaverei und das Vichy-Regime einen zentralen Platz einnehmen. Dagegen protestieren konservative Historiker und bürgerliche Politiker heftig. Vgl. Wiegand, Michaela: Der Zeitgeist erzählt Frankreichs Geschichte neu, in: *FAZ*, 9.5.2015, S. 6; Altwegg, Jürg: Friedensgefahr, in: *FAZ*, 27.5.2015, S. 9.
- ¹⁵ Der Rechtsintellektuelle Éric Zemmour hält die deutsche Wiedervereinigung für eine Katastrophe. Der Friede in Europa sei nur durch die Teilung Deutschlands möglich. Frankreich hätte 1918 das Rheinland annektieren und Deutschland in mehrere Staaten aufteilen sollen. Vgl. Zemmour, Eric: *Le Suicide Français*, Paris 2014.
- ¹⁶ Mélenchon, Jean-Luc: *Le hargne de Bismarck (Le poison allemand)*, Paris 2015.
- ¹⁷ Wiegand, Michaela: Strafverfahren gegen Guéant, in: *FAZ*, 9.3.2015, S. 5.
- ¹⁸ Altwegg, Jürg: Geisterfahrer, in: *FAZ*, 5.5.2015, S. 9.
- ¹⁹ Vgl. Kimmel, Adolf: Parteienstaat und Antiparteienaffekt in Frankreich, in: *Jahrbuch für Politik*, 1. Jg. 1991, Halbbd. 2, S. 319-340.
- ²⁰ Diese zerfallen wiederum in Untergruppen. Für den Parteitag vom 5.-7. Juni 2015 in Poitiers standen bei einer Mitgliederbefragung am 21. Mai 2015 vier Leitanträge (Motions) zur Abstimmung.
- ²¹ <http://www.rtl.fr/actu/politique/congres-du-parti-socialiste-les-quatre-motions-en-lice-7778412567>, Stand: 22.5.2015.
- ²² http://de.wikipedia.org/wiki/Union_pour_un_mouvement_populaire, Stand: 9.5.2015.
- ²³ Copé, Jean-François: *Manifeste pour une droite décomplexée*, Paris 2012.
- ²⁴ Wiegand, Michaela: Rückschlag für Sarkozy, in: *FAZ*, 8.5.15, S. 5.
- ²⁵ <http://www.lefigaro.fr/politique/2015/04/23/01002-20150423artfig00268-sarkozy-fait-la-promotion-du-nouveau-nom.php>
- ²⁶ Audier, Serge: *La Pensée anti-68*, Paris 2008.